

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle (Saale)

Briefe an die Öffentlichkeit

Aus dem privaten Schreiben eines Mitarbeiters im Jugendamt Halle an einen Außenstehenden angesichts der zahlreichen Berichte in den Medien (Ende Oktober):

"Ist schon toll, dass es diese Reaktion (und vor allem in diesem Ausmaß) gibt. Wir hoffen noch immer darauf, dass unsere Chefs erkennen, was sie verursachen.

Besonders schlimm empfinde ich jedoch hier an der "Wiege des Irrsinns" die fehlende Wertschätzung unserer Arbeit durch die Leitungsebene und die damit verbundene Ignoranz. Es wird viel gelabert von Quartiersrunden und über diese von Herrn Roth ausgehenden Gedankenblitze, aber eigentlich haben wir aktuell nur die Möglichkeit auf bestehende Situationen zu reagieren.

Von präventiver Arbeit sind wir weit entfernt. Es werden Dinge in der Leitungsebene entwickelt, welche wir umsetzen sollen, ohne mit uns darüber zu reden oder vielleicht sogar die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Der reine Wahnsinn! Man kann es kaum klar benennen."

Inhalt

1. Das organisierte Chaos.....	1
2. Mit Füßen getreten	4
3. Was bleibt?	4
4. Halle – eine Stadt, in der Märchen wahr werden.....	5
5. Vorspiel – Hauptakt – Nachspiel.....	7
6. Mangel an Qualität	9
7. „Dann können Sie ja gehen!“	10
Zwei Teambriefe	11

Die nachfolgenden Briefe wurden Ende Oktober/ Anfang November 2007 von MitarbeiterInnen des Jugendamts Halle mit dem Ziel verfasst, die Öffentlichkeit (darunter auch die Stadträte im Jugendhilfeausschuss) auf die Situation im Jugendamt Halle aufmerksam zu machen, nachdem sie sich im eigenen Haus nicht wahrgenommen, sondern vielmehr abgewertet und unter immer größeren Druck gesetzt fühlen. (Die Namen der AutorInnen wurden geändert). Stand: 6. November 2007

1. Das organisierte Chaos

Von Charlotte Schmidt, Mitarbeiterin im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) Halle/Saale

Inzwischen besteht ein überregionales Interesse an diversen aberwitzigen und unprofessionellen Entscheidungen der Stadt Halle, welche mit der Dienstanweisung Nr. 93 vom 3. September 2007 ihren absoluten Tiefpunkt erlangte. Verschiedene Berichte von sozialpädagogischen Fachkräften wie z.B. Professor Dr. Merten (Lehrstuhl für

Sozialpädagogik) von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp (Fachbereich Soziale Arbeit, Systemische Sozialarbeit/ Sozialarbeitswissenschaften) von der Fachhochschule Merseburg sowie bisherige Zeitungsartikel, Interviews und Fernsehsendungen werden von vielen Mitarbeitern des Jugendamtes Halle nicht nur mit großem Interesse registriert, sondern auch tatkräftig unterstützt. Wenn dies, aus Angst vor Verlust der Arbeitsstelle, nicht möglich ist, werden diese Informationen zumindest mit Genugtuung und uneingeschränkter fachlicher Zustimmung aufgenommen.

Besonders erbost sind wir über die Dünnhäutigkeit von Herrn Roth, der wie im „Halleforum“ (einer Diskussionsseite im Internet) zu lesen ist, die Herausgabe der IP-Adressen forderte und mit rechtlichen Schritten drohte, nur weil seine Arbeit in der Stadt Halle kritisch hinterfragt wird. Im Gegensatz dazu darf er sich ohne rechtliche Konsequenzen äußern, dass man sich von denjenigen Mitarbeitern des Jugendamtes und von freien Trägern trennen werde, die nicht dem von ihm als Geschäftsführer der Beratungsfirma START GmbH mit erarbeiteten Fachkonzept des Jugendamtes Halle folgen wollen. Hierbei geht er mit einer Selbstverständlichkeit von der Austauschbarkeit des Fachpersonals aus, die unseres Erachtens nichts mit sozialen Kompetenzen zu tun hat. Überhaupt stellt sich die Frage, ob eine Beratungsfirma mit einem derartigen Ansatz im sozialen Bereich überhaupt etwas zu suchen hat. Mit welchem psychischen und physischen Druck er die Mitarbeiter des Jugendamtes oder die der freien Träger belastet, scheint Roth völlig entgangen zu sein. Hinzu kommt, dass hilfeschuchende Menschen in ihrem Recht auf Hilfe zur Erziehung beschnitten werden.

Die Lüge nimmt schon ihren Lauf, wenn man Ausführungen oder Begriffe im Fachkonzept wie *Partizipation*, *Ressourcennutzung*, *Fachlichkeit*, *Effektivität* und *Effizienz* liest. Als uns am 21. September 2006 das Fachkonzept und bereits begonnene erste Schritte vorgestellt wurden, machte Roth unmissverständlich klar, dass aus Zeitmangel eine Beteiligung aller oder vieler MitarbeiterInnen des Jugendamtes nicht möglich gewesen sei und stattdessen nach dem Top-Down-Prinzip (von oben nach unten) gehandelt wurde. Der Zeitmangel, den Herr Roth beschreibt, ist nicht durch unprofessionelles und ineffektives Arbeiten des Fachpersonals des Jugendamtes verursacht, sondern vielmehr durch einen Beschluss des Stadtrats: er hatte 2005 beschlossen, die externe Beratungsgesellschaft START GmbH mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung für 2 Jahre mit dem Projekt „Begleitung und Evaluation der Jugendhilfe unter Sozialraumaspekten, mit dem Ziel der effektiveren Nutzung der präventiven Potentiale des Sozialraums“ vertraglich zu binden. Ein Ziel, das durch die gesamte Herangehensweise schon im Vorfeld zum Scheitern verurteilt war und in Zukunft auch sein wird.

Die Sozialraumorientierung wurde ohne Beteiligung der Mitarbeiter und darüber hinaus unter Missachtung der deutlichen Warnungen vor erkennbaren Problemen durchgeführt. Obwohl bereits im Vorfeld von Seiten der MitarbeiterInnen davor gewarnt wurde, z.B. kleinere Fachabteilungen wie Amtsvormundschaft (AV), Pflegekinderdienst (PKD), Jugendgerichtshilfe (JGH) usw. nicht auseinander zu reißen, erfolgte die stringente Umsetzung. Dadurch entstand eine große Unruhe, Unsicherheit und Unzufriedenheit. Soviel zur *Partizipation*.

In Bezug auf Fachlichkeit sind durch die Sozialraumorientierung die Möglichkeiten der gegenseitigen Vertretung und des professionellen Austauschs in den Bereichen Pflegekinderdienst, Amtsvormundschaft, Jugendgerichtshilfe und teilweise auch unter den ASD-Sozialarbeitern nur durch erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand gegeben. Wenn Fachlichkeit so interpretiert wird, dass wir Mitarbeiter Vorstellungen und Ideen mit einbringen dürfen, letztendlich diese jedoch keine Berücksichtigung finden, und wir stattdessen Anweisungen bedingungslos folgen müssen, stellt sich die Frage, ob Fachlichkeit mit Diktatur verwechselt wird. Soviel zur *Fachlichkeit*.

Ebenso unverständlich ist für uns, wie man sich mit Phrasen wie Effektivität und Effizienz schmücken kann. Durch die Sozialraumorientierung sind erhebliche Zeitausfälle und Fahrtkosten einiger Mitarbeiter entstanden, da aufgrund unterschiedlicher Standorte lange

Dienstwege zu den jeweiligen wöchentlichen Dienstberatungen in Kauf genommen werden müssen. Zum Teil sitzen die einzelnen Fachabteilungen eines Teams an 3 bis 4 verschiedenen Standorten. Ein Sozialarbeiter kann einem Sachbearbeiter von Unterhaltsvorauszahlung oder Unterhaltvaterschaft kaum fachlich unterstützen. Auch umgekehrt ist das wenig hilfreich. Das Ergebnis ist, dass kreative Ideen bei der Suche nach geeigneten Hilfen für Familien verloren gehen und stattdessen unnötigerweise wöchentlich stundenlang Dienstberatungen (man hat auch dann anwesend zu sein, wenn man nichts beitragen kann) abgehalten werden. Der Arbeitsfluss ist dadurch immens gestört, wodurch von Effektivität und Effizienz überhaupt nicht die Rede sein kann. Ganz zu schweigen davon, dass die Bürger der Stadt Halle bei der Einforderung von unterschiedlichen Ansprüchen gegenüber der Jugendhilfe ebenso durch die gesamte Stadt kutschieren müssen. Vor der Umstrukturierung gab es den ASD in den jeweiligen Sozialräumen und ein zentrales Jugendamt mit den restlichen Dienstleistungen. Heute gibt es zum Teil drei bis vier verschiedene Anlaufpunkte für den Bürger. Erste Unmutsbekenntnisse von seitens der Bürger sind schon vernehmbar. Soviel zur *Effektivität* und *Effizienz*, aber auch zur bürgerfreundlichen Stadt.

Für unsere Oberbürgermeisterin und unseren Amtsleiter scheint pro-aktiv das Nonplusultra in der zukünftigen Sozialarbeit in der Stadt Halle zu sein. Nimmt man jedoch die Definition von pro-aktiv, nachzulesen im „Diskussionspapier zu den Grundsätzen einer pro-aktiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle“, zur Hand: „Ziel eines proaktiven Ansatzes ist es, dass Problemlagen von Kindern, Jugendlichen oder Familien gar nicht erst entstehen und durch planvolles Vernetzen der Systeme eines Sozialraumes (z.B. eines Stadtteils) alle vorhandenen Ressourcen zu einer Weiterentwicklung von proaktiven Angeboten und Aktivitäten genutzt werden“, grenzt diese Idee an irrationale Vorstellungen.

Trotz einer hundertprozentigen (und teilweise noch höheren) Arbeitsauslastung (Aussage unseres Jugendamtleiters) sollen ASD-, PKD-, AV- und JGH- Mitarbeiter sowie Streetworker zusätzlich Quartiersrunden ausgestalten, um in Zukunft Pro-aktiv-Aktiv zu arbeiten. Pro-aktiv ist sicherlich eine gute Idee mit einigen guten Ansätzen, jedoch um ein positives Gelingen zu gewährleisten, müsste hierfür ein erheblicher Zeitaufwand (eigentlich eine Vollzeitarkbeitskraft) geschaffen werden, was in der momentanen Situation an Utopie grenzt. Die Sozialarbeiter werden von Seiten der Vorgesetzten (einige Teamkoordinatoren ausgenommen) bei der Umsetzung – „wie soll der zeitliche oder inhaltliche Rahmen ausgestaltet werden?“ - allein gelassen. Stattdessen stehen Dienstanweisungen und enge Zeitrahmen mit der Drohung, Ende des Jahres 2007 erste Ergebnisse sehen zu wollen, im Vordergrund.

Des weiteren werden (u.a. durch Zitate in Zeitungsartikeln und in Gesprächen der Fachbereichsleitung in den einzelnen Ressorts) die fachlichen Kompetenzen von uns SozialarbeiterInnen in letzter Zeit sehr oft in Frage gestellt, z.B. wenn Frau Szabados in der MZ vom 2. Oktober sagt: „Es muss endlich gründlich und konkret geprüft werden“. Trotz dieses Hintergrundes geht der Fachbereichsleiter von einer Motivation aller Mitarbeiter aus bzw. verlangt diese. Nach meinen Beobachtungen ist jedoch eine erhebliche depressive Stimmung zu verzeichnen. Eine Reaktivierung unserer Arbeitskraft ist unter dem momentanen psychischen und physischen Druck überhaupt nicht mehr gegeben. Soviel zu unserem Unverständnis über die Dünnhäutigkeit von Herrn Roth, während wir uns alles gefallen lassen müssen.

Das organisierte Chaos nahm seinen weiteren Verlauf mit der Dienstanweisung Nr. 93. Dass diese nunmehr, aufgrund des öffentlichen Drucks, zurückgenommen wurde und neu überarbeitet werden soll, findet vollends unsere Zustimmung. Überhaupt haben wir die Anweisung zu keiner Zeit befürwortet. In Briefen haben wir unsere Skepsis gegenüber Frau Szabados und Herrn Rochau geäußert. Trotz alledem hielten sie an einer stringenten Umsetzung der Dienstanweisung bis zuletzt fest. Auch dass die bisherige Dienstanweisung durch eine neue (wahrscheinlich mit der Nummer 93 a), die „nur“ eine Überprüfung aller Heimkinder anordnen soll, ersetzt wird, schockiert uns nicht mehr.

Seit Jahren überprüfen wir jede Hilfe zur Erziehung halbjährlich im Hilfeplanverfahren. Überhaupt findet bei einer Neuinstallation einer Hilfe ein sehr aufwendiges Prüfverfahren statt. Bei den meisten unserer stationären Erziehungshilfen kamen im Vorfeld ambulante Hilfen zum Einsatz. Hinzu kommt, dass es seit ca. 2 Jahren Perspektivlisten gibt, die als Controllinginstrument dienen. Und trotzdem heißt es: „Jetzt wird endlich gründlich geprüft“. Im Prinzip sind wir seit dem 3. September 2007, auch durch die so genannten Kompetenz- und multiprofessionellen Teams, nur noch mit Überprüfungen beschäftigt. Die eigentliche Arbeit verstaubt stattdessen auf dem Schreibtisch mit der Hoffnung, den Schutzauftrag zur Sicherung des Kindeswohls nicht zu vernachlässigen. Soviel zum Jugendamt Halle.

Eigentlich sollten wir MitarbeiterInnen loyal gegenüber unseren Arbeitgeber sein, stattdessen müssen wir uns schämen.

2. Mit Füßen getreten

Von zwei Mitarbeiterinnen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) Halle/Saale

Mit der Umstrukturierung des Fachbereiches ergaben sich viele neue Herausforderungen für die Fachkräfte, welche anfangs positiv und mit Interesse umgesetzt wurden. Im Laufe des Prozesses stellte sich jedoch immer mehr heraus, dass die fehlende Einbeziehung der Fachleute im Vorfeld den Prozess hemmt. Dies wurde unter anderem deutlich in der Zusammensetzung der neuen Teams, d. h. Expertenteams wurden zerpfückt und dies förderte nicht den Alltagsprozess, sondern erschwerte ihn (Sozialarbeit ist Teamarbeit).

Einerseits wurden zahlreiche neue Aufgaben an uns übertragen, andererseits wurde der Personalschlüssel dahingehend verändert, dass sich die Fallarbeit für jeden Mitarbeiter erhöht hat. Der Grundgedanke der Prävention wird auch von uns positiv gesehen. Die Praxis zeigt jedoch, dass Problemlagen bereits bestehen, welche auch mit Prävention bestehen würden und immer bestehen werden. Aus unserer Sicht wäre diese Situation teilweise nur mit einer grundlegenden veränderten Sozialpolitik zu begegnen.

Offensichtlich bestehen hier aber erhebliche Hemmnisse, so dass immer wieder von Seiten der Jugendhilfe versucht werden soll, durch kurzzeitigen Aktionismus die dadurch existierenden Kosten zu stoppen, z.B. durch die Zwei-zu-eins-Regelungen (eine neue Hilfe zur Erziehung darf erst nach Beendigung von zwei anderen bewilligt werden) vor einigen Jahren oder jetzt durch die Dienstanweisung Nummer 93.

Auch hierbei wird wieder nicht auf die jahrelangen Erfahrungen der Fachkräfte zurückgegriffen, stattdessen wird unsere Arbeit mit Füßen getreten und bestehende Fachkonzepte werden ignoriert (so werden von uns z.B. Anträge fachlich kompetent geprüft und bestehende Hilfen zur Erziehung regelmäßig im Hilfeplanverfahren fortgeschrieben). Hierbei wird von uns selbstverständlich immer wieder die Möglichkeit der Rückkehr der Kinder in ihre Familien beachtet. Denn kein Mensch wird bestreiten, dass der beste Ort für Kinder die eigene Familie ist. Jedoch wird es immer Familien geben, in denen der Verbleib von Kindern nicht möglich ist. Richtigerweise greift hier und nur an dieser Stelle der Staat unterstützend zum Wohle der Kinder ein.

3. Was bleibt?

Von einer Mitarbeiterin des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie Halle/Saale

Ich möchte zu Beginn erwähnen, dass die Bezugsebene zur Praxis je nach Leitungsfunktion und -ebenen unterschiedlich distanziert sind. Je "höher" die Position ist, desto mehr bewegt man sich von der Praxis weg - wenn man nicht selbst aktiv wird, um diese Distanz zu vermeiden.

Die Dienstanweisung ist von der Leitung erarbeitet und festgesetzt worden. Die Auswirkungen auf der praktischen Ebene tragen allein die Mitarbeiter, einschließlich der Teamkoordinatoren. Die Rahmenbedingungen als Voraussetzung zur Erfüllung der Dienstanweisung waren nicht gegeben (Kapazitäten der Beratungsstellen, internes einheitliches Berichtswesen, Grundsatzgespräche mit freien Trägern, die einheitliche Definition der Ausschlusskriterien einer Rückführung bei Kindeswohlgefährdung...).

Dadurch hat jeder Bereich eigenständig seine Herangehensweise entwickelt. Ergebnis: aus meiner Sicht keine qualitativ verwertbaren Zahlen. Jeder hat sich so gut wie möglich abgesichert, das trifft m. E. auch für die Leitung zu. Es hat sich gezeigt, dass die Dienstanweisung mit diesem Inhalt nicht umsetzbar ist. Das wussten die Praktiker von Beginn an, die Leitung zieht sich jetzt erst aufgrund der großen Öffentlichkeit zurück!

Wir Mitarbeiter sind unterschiedlich davon betroffen. Seit Ende 2005 kennen wir den "Haushaltskonsolidierungsbeitrag" im Bereich Hilfen zur Erziehung. An diesem wurde in den Teams seit diesem Zeitpunkt gearbeitet - Steuerung von Hilfen, Einsatz von Fachleistungsstunden etc.; nicht nur intern sondern auch extern mit den Partnern der freien Träger. Ich denke, das ist auch so in Ordnung, zumal Hilfen zur Erziehung einer qualitativen und quantitativen Prüfung unterliegen sollen, da jede Hilfe individuell zum Familiensystem passen sollte.

Grundsätzlich stimme ich einem Weg zu, die Hilfen zur Erziehung, auch stationär, als Weg der Hilfeerbringung zu überprüfen - aber nicht in dem Tempo und unter fehlenden Voraussetzungen. Stationäre Angebote werden weiterhin gebraucht und sind für Kinder, Jugendliche und auch Eltern (z.B. Angebote für Eltern mit Kind) notwendig. Dieser Weg benötigt jedoch eine qualitativ sehr professionelle und vor allem konsequente Steuerung und Begleitung. Auf diesem Weg sind entsprechende Partner, vor allem eben aus der Praxis, notwendig. Das dies fehlt, wird als Bedarf nicht gesehen, zwar gehört, jedoch nicht ernst genommen, geschweige denn umgesetzt.

Seit dem Weggang des ehemaligen ASD-Leiters und zweier Bezirksgruppenleiterinnen hat sich der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) im Jugendamt Halle anders entwickelt, getragen allein von kompetenten Personen auf der unteren Leitungsebene (ehemals Bezirksgruppenleiter) und den Mitarbeitern. Und der ASD dann noch in diesem System Jugendamt!

Dieses System ist krank - todkrank, und kann meines Erachtens nur durch Austausch von Personen gesunden. Die Situation habe ich noch nie so ernst erlebt.

Da ich weiterhin bereit bin, mitzudenken und mich einzusetzen, nutze ich Möglichkeiten, um gegenüber der Leitung meine Sicht auf die Dinge zu formulieren. Deshalb kann ich behaupten, dass die Leitung weiß, wie es steht, sie aber daran nicht konstruktiv und ehrlich arbeitet. Aus meiner Sicht liegt es an der fehlenden Kompetenz, mit Widerständen, Kritiken und Ängsten umzugehen (auch die eigene Angst vor der Öffentlichkeit) und diese Auffälligkeiten im positiven Sinne zu nutzen. Entweder findet man noch einen Weg, um sich zu arrangieren, oder es ist Zeit, zu gehen. Damit verliert man die letzten motivierten und mitdenkenden Mitarbeiter!

Ich selbst habe erfahren, dass die Meinung von außen bei der Leitung nicht viel Wert hat, eben auch nicht verstanden wird. Deshalb habe ich den Weg der direkten Konfrontation bereits genutzt und wiederholt versucht, etwas deutlich zu machen und einzubringen. Es ist zumindest ernst genommen worden – aber was bleibt?

4. Halle – eine Stadt, in der Märchen wahr werden...

Von Frau Holle, Mitarbeiterin im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle

Es war einmal eine Stadt, in der es viel zu wenig Geld gab. Deshalb befahl die Königin allen Verwaltern zu sparen. Doch die Verwalter hatten keine Idee, wie sie

das anstellen sollten. Verzweifelt setzten sie sich an das Ufer der Saale und hofften auf eine Eingebung. Plötzlich erschien aus dem Fluss ein Frosch. Er hatte eine goldene Kugel in der Hand und sprach: „Ihr seht so traurig aus, kann ich Euch helfen?“ Geschwind berichteten sie von ihren Sorgen.

„Ich habe da eine Idee“ und er zauberte aus seiner Kugel er ein Papier hervor, auf dem viele Sparvorschläge zu lesen waren.

„Lieber Frosch, Du bist unsere Rettung“ sprachen die Verwalter. Sie brachten ihn zum Schloss, die Königin küsste ihn, und plötzlich wurde aus dem Frosch ein wunderschöner Prinz. Er erschien ihr so klug und schön, dass die Königin ihn zu ihrem engsten Berater ernannte...

So oder ähnlich müssen Märchen zu Zeiten der Gebrüder Grimm entstanden sein.

Im Gegensatz zu meinem Märchen dachten sich die Märchenerzähler in früheren Zeiten kurze Geschichten aus, die frei erfunden waren und nicht unbedingt Bezüge zu tatsächlichen Begebenheiten darstellten.

Halle – eine Stadt sieht Rot(h)!

Im Jahr 2002 beschloss der Stadtrat von Halle ein Haushaltskonsolidierungspaket. Alle Bereiche der Verwaltung erhielten Einsparvorgaben, deren konsequente Umsetzung gefordert war und ist. Auch das Jugendamt der Stadt hatte zu sparen. So sollten in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 2 Millionen Euro eingespart werden. Die damalige Sozialdezernentin und heutige Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados beauftragte Klaus Roth von der Start gGmbH. Diese Beratungsgesellschaft hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach Evaluationen im Jugendamt durchgeführt, u. a. hatte sie die Effizienz der städtischen Jugendclubs sowie die Hilfen zur Erziehung untersucht. Auch konnte sie dem Jugendamt ihre Hilfeplansoftware JUCON verkaufen.

Klaus Roth entwickelte gemeinsam mit der Leitung des Jugendamts ein Fachkonzept als Grundlage des Sparprogramms. Eine Beteiligung von uns Mitarbeitern bei der Erarbeitung des Konzeptes fand „aus Zeitgründen“ nicht statt: Der Prozess sollte so kurz wie möglich...werden“ (Roth/ Appel 2007, S.66).

In der Folge wurde im ersten Schritt das gesamte Jugendamt umstrukturiert. Die Stadt wurde in fünf „Sozialräume“ eingeteilt, die miteinander kooperieren sollen. Die bisherigen Fachdienste wurden aufgelöst und zu neuen Sozialpädagogischen Fachteams zusammengesetzt.

Roth und Appel von der Beratungsgesellschaft halten diese Form der Zusammenarbeit für die einzige Möglichkeit, um die „Vernetzung und Kommunikation zwischen den Fachdiensten und Kooperationspartnern überhaupt stattfinden zu lassen“ (vgl. Roth/Appel 2007, S.66). Sie verweisen auf „Ergebnisse jahrelanger Erfahrungen“ und gehen davon aus, dass ihre Wahrheit auf die Arbeit eines jeden Amtes übertragbar ist – also auch auf das in Halle – ohne zuvor eine umfangreiche Analyse vornehmen zu müssen. Diese Darstellung entspricht nicht der bisherigen Fallarbeit im ASD. Hier wurden bereits vor der Umstrukturierung die Fachdienste und/ oder Kooperationspartner (z.B. bei Helferkonferenzen) in Fallberatungen einbezogen. Diese Arbeitsweise wurde in Fachstandards formuliert und wurde durch die SozialarbeiterInnen als Arbeitsgrundlage genutzt.

Roth und Appel unterstellen den Sozialarbeitern unprofessionelles Handeln und zweifeln deren Fachlichkeit in höchstem Maße an. Diese irrealen Sichtweise wird verstärkt durch wiederholte Einlassungen der Oberbürgermeisterin Szabados: „Der Druck auf die eigenen Mitarbeiter“ sei notwendig, damit „endlich gründlich geprüft werde“ (Mitteldeutsche Zeitung vom 2.10.2007, S.9), denn die in den Hilfeplänen formulierten Ziele würden von den Sozialarbeitern nicht richtig umgesetzt (vgl. Deutschlandfunk am 30.10.2007)

In ihren Augen verfügen die SozialarbeiterInnen des Jugendamtes also kaum über geeignete Kompetenzen, um die ihnen übertragenen Aufgaben entsprechend ihrem

Auftrag zu erfüllen. Auch aus diesem Grund lassen sie und ihr Fachbereichsleiter alle Fälle durch sog. „multiprofessionelle Teams“ und ein weiteres Mal durch ein sog. „Kompetenzteam“ überprüfen, in beiden Teams sollen vorsichtshalber keine ASD-Sozialarbeiter, die sich ja auskennen würden, beteiligt werden.

Diese Haltung der Leitung steht im deutlichen Widerspruch zu den im Leitbild des Jugendamtes formulierten Zielen. Hier heißt es u.a.: „Wir gestalten ein Arbeitsklima, das geprägt ist von gegenseitiger Wertschätzung, Offenheit, Kritikfähigkeit und Vertrauen in die Arbeit der Anderen“ (vgl. Leitbild 1999, S.3).

Halle – eine Stadt im Chaos

Die Folgen der Umstrukturierung lassen eine Fortsetzung der Arbeit in der bisherigen Qualität nicht mehr zu. So ist es z.B. den Mitarbeiterinnen des bisherigen Pflegekinderdienstes unmöglich geworden, im Rahmen der Dienstberatung eine Entscheidung zur Auswahl von geeigneten Pflegefamilien/Adoptiveltern zu treffen. Es fehlt die erforderliche Anzahl an geeigneten Mitarbeiterinnen, die – wie gesetzlich vorgeschrieben – über die notwendigen Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen.

Die Teamkoordinatoren, die bisher jeweils in speziellen Sachgebieten tätig waren, wurden auf ihre jetzige Tätigkeit nicht vorbereitet. Dadurch können sie häufig nicht auf die unterschiedlichen spezifischen Probleme der einzelnen Fachdienste angemessen reagieren. Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es keine konkrete Beschreibung ihres Aufgabenfeldes. All dies führt bei den MitarbeiterInnen zu weiterer Frustration. Resignation, Motivationsverlust und ein hoher Krankenstand (im Vergleich zu anderen Ämtern der Verwaltung) zeigt, dass dieser Prozess an keinem der MitarbeiterInnen spurlos vorbeigeht.

Warum nimmt die Verwaltungs-/Leitungsebene die Störungen nicht wahr und/oder reagiert angemessen? (Ein Weiterbildungsangebot des Personalamtes für Führungskräfte zum „Umgang mit kritischen Mitarbeitern“ wird an der Gesamtsituation nichts ändern.)

Ich glaube an Veränderungen – und was mich so sicher macht:

Im Märchen gibt es immer ein Happy-End.

Quellen

Arlt, Susanne, Heimerziehung in Halle, Deutschlandfunk, 30.10.07

Jugendamt der Stadt Halle/Saale, Leitbild des Jugendamtes, Halle 1999

Roth, Klaus und Klaus Appel, Pro-aktive Systeme und ihr Charme! in: Jugendhilfe 2/2007, S. 65-72

Zentner, Birger, Familie statt Heim. Stadt will auf ambulante Hilfen setzen – Kritiker warnen vor Hauruck-Aktion, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 2. Okt. 2007, S. 9

5. Vorspiel – Hauptakt – Nachspiel

Von Stefan Müller, Mitarbeiter im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt Halle/Saale)

Ein Referent auf einer Tagung in Hamburg brachte es auf den traurigen Punkt, in dem er sagte: „Es gibt in Deutschland 500 Jugendämter und eines in Halle!“

Klaus Roth hat es mit seiner Beratungsfirma START geschafft, die Struktur unseres Jugendamtes so radikal umzugestalten, dass wir negativ bundesweit bekannt geworden sind. Er hat es mit seinem Fachkonzept, das er gemeinsam mit der obersten Leitungsebene unseres Amtes erarbeitet hat, geschafft, Altbewährtes und gut Funktionierendes zu zerstören. Bereits vor einigen Jahren hat er unsere Arbeit am Schreibtisch verdoppelt mit der Entwicklung eines „innovativen Softwareprogramms“ mit dem Namen „JUCON“, das enorme Mehrarbeit verursacht, nebulöse Aussagen trifft, starr und benutzerunfreundlich ist und letztendlich für die betroffenen Menschen nicht mehr zu

verstehen ist. Aus der jetzigen Perspektive könnte man meinen, dass dies erst das *Vorspiel* zum *Hauptakt* „Fachkonzept“ war.

Gemeinsam (und das ist auch sehr traurig) mit der Leitungsebene unseres Fachbereiches hat die besagte Beratungsfirma ein Fachkonzept entwickelt, das sich zur Aufgabe gemacht hat, durch eine „radikale Umstrukturierung“ die „Karten neu zu mischen“. Und so wurde dann auch vorgegangen: die Teams aus allen Abteilungen (Unterhalt/Vaterschaft, Unterhaltsvorauszahlung, Jugendgerichtshilfe, Amtsvormundschaft, Pflegekinderdienst, Streetwork und ASD) wurden aufgelöst und neu zusammengemischt. Das bedeutet, dass kein Fachteam ein Fachteam blieb, sondern Verwaltungsfachleute (Unterhalt) mit Sozialarbeitern in einem Team über Hilfen zur Erziehung entscheiden und beraten müssen. Zur Neuaufteilung muss noch angemerkt werden, dass die räumlichen Voraussetzungen gar nicht da sind. Das heißt: Mitarbeiter eines Teams haben teilweise 3 Standorte, an denen sie arbeiten, und damit einen enormen Mehraufwand an Wegzeiten (da sie z.B. einmal wöchentlich an den entsprechenden Teambesprechungen teilnehmen müssen). Sie sind in diesen Zeiten für die Bürger nicht erreichbar, schaffen ihre eigentliche Arbeit nicht mehr und sind bedingt durch eigenen fachlichen Austausch, den sich die Mitarbeiter jedes Fachgebietes selbst organisieren müssen und für den tatsächlich keine Zeit und Möglichkeit mehr bleibt, nur noch frustriert und demotiviert.

Akten erreichen durch lange und irriige Postwege ihre Empfänger erst nach den Terminen, zu denen man geladen wird, oder verschwinden im Chaos von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten ganz. Jegliche Übersicht ist verloren gegangen oder wird nur noch vorgespielt. Mitarbeiter sind verzweifelt, weil sie nicht mehr wissen, an wen sie sich wenden können und nach welchen fachlichen Verfahrensweisen jetzt noch zu handeln ist. Teilweise gibt es auch dazu in den verschiedenen Teams verschiedene Vorgehensweisen – unglaublich!

Für die Bürger unserer Stadt, für die unsere sozialraumorientierte Arbeit eigentlich eine Erleichterung und Vereinfachung darstellen sollte, bauen sich immer mehr Hürden auf. Denn Sie müssen ebenfalls an bis zu drei verschiedenen Standorten vorsprechen, wenn Sie ein entsprechendes Anliegen haben. Dazu kommt noch, dass sie (nach den neuesten Handlungsvorschriften) im Jugendamt erst dann mit einem konkreten Hilfeanliegen vorsprechen dürfen, wenn sie zuvor die Erziehungsberatungsstelle aufgesucht haben (die natürlich wiederum einen ganz anderen Standort und ein anderen Auftrag hat).

Unsere Oberbürgermeisterin erklärt in Interviews, dass die Mitarbeiter bislang nicht richtig geprüft hätten, in den Hilfeplangesprächen immer nur gefragt werde, ob es dem Kind gut gehe, und nicht geklärt werde, ob es auch wieder in den elterlichen Haushalt zurückgeführt werden könnte. Es macht traurig, hilflos und wütend, derart unfachlich in der Öffentlichkeit beschrieben zu werden. Eine Darstellung die in keiner Weise der Realität entspricht, in der von uns sehr wohl immer wieder gründlich geprüft wird, ob eine Hilfe noch geeignet und notwendig ist.

„Pro-aktive Systeme“ sollen uns nun retten und sind hier in Halle in aller „Fach“-Munde. Doch was bedeutet die Formulierung und die Erklärung, dass „Problemlagen erst gar nicht entstehen“ (das soll mit pro-aktiv gemeint sein), für die Mitarbeiter in den Teams, die jetzt den Auftrag haben, danach zu arbeiten?

In dieser Situation erlässt unser Fachbereichsleiter die „Dienstanweisung Nr. 93“, die die Rückführung aller Kinder in den elterlichen Haushalt innerhalb von 3 Wochen anordnet. Wenn man nicht schon vorher fassungslos war, so ist man es als Mitarbeiter spätestens jetzt. Wie absurd diese Dienstanweisung ist, soll von mir an dieser Stelle nicht näher beschrieben werden, die Fachwelt hat sich dazu ja eindeutig geäußert.

Es ist noch nicht abzusehen, wie lange der *Hauptakt* „Umsetzung des Fachkonzepts“ noch dauern wird und wie er enden wird. Zu hoffen bleibt für uns Mitarbeiter, dass diese Inszenierung für die Verantwortlichen ein *Nachspiel* hat!

6. Mangel an Qualität

Von Angelika Schulz, Mitarbeiterin im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle

Sollte man die Arbeit im Jugendamt der Stadt Halle beschreiben, so erscheint eine kurze Antwort unmöglich.

Bereits innerhalb der letzten zwei Jahre wurden immer wieder als „Reform“ oder auch „Fachkonzept“ benannte Veränderungen an uns heran getragen. Kommunikation innerhalb des Amtes erfolgt in Form von Anweisungen oder Mitarbeiterbriefen. Kritische Anmerkungen sind nicht gewünscht.

Als Beispiel sei hier die Hilfeplanung erwähnt. So erfolgten in der Vergangenheit regelmäßigen Treffen einer Arbeitsgruppe des ASD, welche sich mit der Entwicklung eines Hilfeplanformulars beschäftigte. Dieses Formular sollte der Orientierung innerhalb des Gesprächs dienen und für alle am Hilfeplanprozess Beteiligten übersichtlich und verständlich sein. Die für den ASD geltenden Ansprüche und Kriterien einer qualitativ fachlichen Arbeit scheinen mit dem Einsatz des Computerprogramms „JUCON“ nicht mehr zu gelten. Alle entwickelten Maßstäbe wurden ersatzlos gestrichen. Kritik der Mitarbeiter, Familien und freien Träger wurden schlichtweg ignoriert.

Ein weiteres Beispiel ist die im Dezember 2006 eingeleitete Bildung der neuen Ressorts und Teams. Hier wurden bestehende Strukturen weggebrochen, Teams getrennt und neue gebildet. Die Begründung: „Die eingeleiteten Veränderungen sind notwendig, damit wir effektiver und erfolgreicher im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten können. Dadurch kann sich sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern, wie auch bei uns selbst eine höhere Zufriedenheit einstellen. Die vor uns liegenden Aufgaben bedingen diese konsequente Veränderung. ... Ein ‚weiter so‘ kann es nicht geben, auch wenn unsere bisherige Arbeitsweise im wesentlichen erfolgreich war.“ Es wurde eingeräumt, dass sich Arbeitsinhalte und Arbeitsplätze ändern werden und dass diese Veränderungen auch Unsicherheiten und Risiken beinhalten. Vor mehreren Monaten wurde die räumliche Umstrukturierung und Teambildung abgeschlossen. In Fallberatungen finden sich aktuell Mitarbeiter des ASD, des Streetworks, der Unterhaltsvorauszahlung, aus dem Pflegekinderdienstes, aus Jugendfreizeiteinrichtungen etc., um über die Familien zu beraten. Hintergrund ist, dass die „Scheuklappen“ des ASD für präventive Hilfsangebote geöffnet und andere Sichtweisen ermöglicht werden sollen. Zauberworte wie Haushaltskonsolidierung, pro-aktiv, Quartier, Fachcontrolling, Fachstandart, Fachkonzept, multiprofessionelles Team usw. durchziehen den Arbeitsalltag, haben keine wirklichen Veränderungen in Bezug auf die Kosteneinsparungen bewirkt.

Während sich bei uns Mitarbeitern Gefühle wie Ohnmacht, Hilflosigkeit, Resignation und Wut verbreiten, wird weiter auf dem Fachkonzept bestanden. Die hier erarbeiteten und bewährten Strukturen wurden auf Kosten von Qualität und Fachlichkeit ersatzlos aufgelöst und gestrichen. Dies ist nicht akzeptabel. Aktuell scheint sich das Chaos als eine beständige Größe innerhalb des Jugendamtes entwickelt zu haben. Dass hier Bürgerinteressen im Mittelpunkt stehen, ist nicht erkennbar.

Generell ist eine präventive Arbeit sinnvoll und wünschenswert. Leider sind die erforderlichen Voraussetzungen bislang nicht geschaffen wurden. Ich sehe meine Arbeit momentan eher als eine „Problemverwaltung“ und fühle mich nur in der Lage, in der entsprechenden Situation zu reagieren.

Fazit: Von der angekündigten Zufriedenheit, welche sich durch die veränderten Strukturen ergeben sollten, sehe ich mich weit entfernt. Die mangelnde Wertschätzung der täglichen Arbeit, die fehlende Kommunikation (insbesondere zwischen den unterschiedlichen Ebenen), das Überstülpen von Verantwortlichkeiten ohne die tatsächlich Möglichkeit, Entscheidungen treffen zu können, sowie der Mangel an Qualität tragen nicht zur Identifikation mit Amt und Arbeit bei.

In verschiedensten Medien wird seit dem Erscheinen der Dienstanweisung Nr. 93 über das hallese Jugendamt berichtet. Leider muss ich feststellen, dass von Seiten der Sozialarbeiter bisher nur wenig Äußerung erfolgte, vermutlich spielen hierbei verschiedene Beweggründe eine Rolle. Ich möchte dennoch die Chance ergreifen mich, zu dieser Dienstanweisung und dazu, wie die verschiedenen Ereignisse an der Basis der arbeitenden Sozialarbeiter wahrgenommen werden, zu äußern.

7. „Dann können Sie ja gehen!“

Von Klaus Berger, Mitarbeiter im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle

Aus meiner Sicht hat der gesamte Prozess mit der Übernahme einer Erarbeitung eines neuen Konzeptes durch die Start GmbH begonnen. Hierzu gab es verschiedene „Runden“ in denen die Mitarbeiter ihre Meinung kundtun konnten. Wirklich gehört wurden aber die Bedenken, Befürchtungen und Empfehlungen nicht. Herr Roth wurde mit unterschiedlichen Fragen konfrontiert:

1. Wer wird in diese Systeme einbezogen?
2. Wer wird die Leitung übernehmen?
3. Wie ist der zeitliche Aufwand einzuschätzen?
4. Wie wird der Datenschutz gewährleistet?
5. Wie wird die Fallzuständigkeit aussehen, wenn doch alle Mitglieder des Proaktiven Systems als gleichrangig anzusehen sind? Bedenken bestehen in der Einbeziehung verschiedensten Professionen, der Aufgabenteilung, der Leitung und der Zuverlässigkeit.

Herr Roth gab den Mitarbeitern hierzu folgende Antwort: „...die Fallzuständigkeit bleibt bei dem Sozialarbeiter. Denken Sie aber daran, Sie werden bluten müssen, und wenn es Ihnen nicht gefällt, dann können Sie ja gehen.“

- Welche Wertschätzung geht aus diesen Worten hervor! –

Ich vermisse immer mehr die Fachlichkeit, Menschlichkeit und Anerkennung in diesem Jugendamt. Wie kann man eine Dienstanweisung erstellen, ohne die Gründe für die Entscheidungen für die Hilfen zur Erziehung zu kennen. Da werden multiprofessionelle Teams gegründet und mit Beschäftigten besetzt, die zum Teil sehr wenig Ahnung von der praktischen ASD-Arbeit haben, z.B. weil ihnen allein schon die Kenntnis der wichtigsten Paragraphen des SGB VIII oder über den Ablauf des Hilfeprozesses fehlen. Und selbstverständlich haben wir schon immer überprüft, ob eine Rückführung in die Herkunftsfamilie realisierbar ist, dazu benötigt man keine Dienstanweisung oder ein multiprofessionelles Team.

Nach verschiedensten Hinweisen soll diese Dienstanweisung nun überarbeitet werden. Vermutlich geschieht dies nur, um aus dem Blickpunkt zu rücken, denn das finanzielle Defizit ist nun mal vorhanden.

In der praktischen Arbeit bedeutet dies für uns als Sozialarbeiter noch häufiger Kontrollen und fachliche Einschätzungen durch o.g. Teams, mit weiteren „kompetenten“ Empfehlungen. Die wirkliche Arbeit mit den hilfebedürftigen Menschen rückt immer mehr in den Hintergrund, weil dafür einfach die Zeit fehlt.

Für mich persönlich bedeutet dies verstärkt Unzufriedenheit, zum einen gegenüber den Klienten, weil ich eine andere Vorstellung von Sozialarbeit habe, zum anderen in der Anerkennung unserer fachlichen Arbeit und Ängste einen ähnlichen Fall wie in Bremen erleben zu müssen, denn dann werden sich die Worte des Herrn Roth bewahrheiten: letztlich werden wir Mitarbeiter bluten müssen.

Zwei Teambriefe

an die Amtsleitung, die Oberbürgermeisterin, den Sozialdezernenten, die Ressortleitung und den Personalrat der Stadt Halle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle (Saale)

Die folgenden beiden Briefe wurden von Teams kurz nach dem Erlass der Dienstanweisung Nr. 93 vom 3. September 2007 geschrieben – ihnen ging es darum, in einem durchaus moderaten Ton fachliche, rechtliche und organisatorische Bedenken zu äußern. Bis heute haben sie das Gefühl, dass sie zwar damit von ihrer Leitung gehört wurden, aber nicht ernst genommen.

Halle/Saale den 6.9.2007

Sehr geehrter Herr Rochau,

wir wenden uns an Sie, in Sorge den Interessen der Stadt Halle gegenüber. Die neue Dienstanweisung zur Beendigung der stationären Hilfen entspricht in ihren Ausführungen in keiner Weise dem Kindeswohl und kann selbst bei stringenter Umsetzung nicht den erhofften Sparerfolg in der angegebenen Zeit erbringen.

Eine Reduzierung der stationären Hilfen um 90% bis zum 30.9.2007 ist fachlich nicht umsetzbar.

Alle Sozialarbeiter haben es sich seit Jahren zur Aufgabe gemacht, Hilfen nach § 27 und folgende nur nach umfassender Prüfung und Vermittlung anderer unterstützender Maßnahmen zu gewähren. Auch die Laufzeit gewährter Hilfen unterliegt immer wieder kehrender Kontrollen.

Da die angespannte Haushaltslage der Stadt auch uns bekannt ist, unterstützen wir durchaus eine erneute Überprüfung aller bestehender Hilfen. Eine Einsparung in genannter Millionenhöhe wird daraus allein jedoch keinesfalls erreicht werden können. Hilfen zu beenden, in denen Jugendliche keine ausreichende Mitwirkung zeigen, ist dabei sicher denkbar. Es kann jedoch nicht dem Kindeswohl entsprechen Kinder, Jugendliche und Familien den bestehenden Hilfeformen zu entreißen, wenn sie die wichtigen Schritte für ihre Zukunft gerade mit Unterstützung der Hilfeträger begonnen haben. Eine solche Ungleichbehandlung mit Kindern und Jugendlichen aus behüteten Elternhäusern kann nicht gewollt sein.

Bisher konnten die Pro aktiven Systeme in Halle noch nicht entwickelt werden, die wir in Zukunft zur Unterstützung von schwierigen Familienkonstellationen nutzen wollen. Eine umfassende Nutzung bestehender Ressourcen und ein schrittweises Entwickeln von Pro aktiven Systemen kann für die Zukunft unterstützende aber nicht ausschließliche Hilfe sein.

Wie uns der Fall Kevin in Bremen zeigte, war das gutachterliche Ergebnis, dass die überstürzten Pro aktiven Maßnahmen und ein übermäßiger Sparzwang der Stadt begünstigend zu diesem tragischen Ereignis geführt haben.

Beunruhigend ist für uns gleichfalls, dass der Eindruck entsteht, Kosten in Millionenhöhe zu sparen sei so möglich. Zum Einen bedeutet es, dass unsere fachliche Meinung über Jahre auf falschen Grundlagen ruhen muss, zum Anderen bringt eine solche Maßnahme unter solchem Zeitdruck mehr Unruhe als konstruktive Ergebnisse.

Eine Umsetzung in genannter Zeit bei den bestehenden Verträgen mit den freien Trägern kann auch nicht vorstellbar sein. Die daraus folgende Gefahr massiver Entlassungen bei den freien Trägern ist gleichfalls nicht den Interessen der Stadt entsprechend. Auch zu erwartende Klagen von Eltern werden die Stadtkasse zusätzlich belasten.

Gerade jetzt in Zeiten der angespannten Haushaltslage wäre es wichtig, auf unser gesammeltes Fachwissen im Jugendamt zurück zu greifen und nicht mit Entscheidungen zu reagieren die erneut nicht mit uns besprochenen wurden. Durch die aus unserer Sicht übereilte Entscheidung, zu einem zu späten Zeitpunkt getroffen, ergeben sich eine Vielzahl von Fragen, die überdacht und besprochen werden müssen:

- Was ist mit dem Rechtsanspruch nach dem KJHG?
- Wer soll die Komplexität der Problemlagen, die oft Hintergrund für stat. Unterbringung ist zukünftig begleiten? Eine engagierte Nachbarin ...?
- Einzelnen Hilfesettings sind nach genauester fachlicher Prüfung individuell gewachsen und bieten den Kinder und Jugendlichen oft den einzigen stabilen Rahmen für eine weitere positive Persönlichkeitsentwicklung.
- Auch führten Empfehlungen anderer Fachkräfte (Ärzte, Psychologen, Psychiater ...) zur stationären Unterbringung als einzig mögliches und hilfreiches Angebot für Kinder „Jugendliche bzw. junge Volljährige“. Wie soll in diesen Fällen die fachliche Begründung aussehen?
- Fachlichkeit der Gerichte werden ebenfalls in Frage gestellt, weil Empfehlungen, die wir als Fachbereich eingefordert haben, damit eine adäquate, individuelle Unterstützung angeboten werden kann, ignoriert werden (Gerichtsbeschluss ist auch für Fachbereich bindend)
- Darüber hinaus brechen Hilfsangebote der freien Träger, die aus den Erfordernissen gewachsen sind, weg, die erfahrungsgemäß zum späteren Zeitpunkt dringend gebraucht werden.
- Eine pauschale Beurteilung, 90% der stat. Hilfen können weg(davon wird ja ausgegangen bei der Forderung nach 90%iger Reduzierung der stat. Hilfen), ist fachlich nicht tragbar und entspricht keinesfalls der fachlichen Würdigung jedes einzelnen persönlichen Schicksals, das mit dieser Hilfe verbunden ist.
- 5 Mitarbeiter im KJSZ sollen zukünftig neue Fälle prüfen, die bisher von fast 50 ASD Mitarbeitern geprüft wurden?

Aus den genannten Gründen die nach reiflicher Überlegung sicher noch erweitert werden können, empfehlen wir:

- 1) Gemeinsame Arbeitsgruppe aus Leitung und Mitarbeitern zur Prüfung und Entwicklung geeigneter Maßnahmen für die zukünftige Steuerung des HzE Bereiches
- 2) ein schrittweises Einsteigen in die geplanten Maßnahmen der übergeordneten Klärungsgruppen
- 3) Aufbau Pro aktiver Systeme unter dem Blickwinkel unterstützender Maßnahmen für die zukünftige Reduzierung des HzE Bereiches
- 4) eine aktuelle Überprüfung aller HzE Maßnahmen

Mit freundlichen Grüßen

ASD Team Silberhöhe/Ammendorf

Verteiler: Original: Herr Rochau, Amtsleiter

Kopie an: Oberbürgermeisterin Frau Szabados
Beigeordneter Herr Dr. habil Marquard
Ressortleiterin Frau Heder
Personalrat Stadtverwaltung
Gesamtpersonalrat

Halle/Saale, den 17.9.07

Sehr geehrter Herr Rochau,

die Unterzeichner der Teams Südstadt und südliche Innenstadt halten es für ihre fachliche Pflicht ihre Bedenken in Bezug auf die DA Nr.93 und den Zusatzvereinbarungen zum Ausdruck zu bringen.

Rückführung aller Jugendlichen aus dem Heim

Dieses Ziel kann so von der Fachbereichsleitung nicht gewollt sein und kann auf sozialarbeiterischer Ebene nicht umgesetzt werden. Abgesehen von elternlosen Kindern sind auch Heimunterbringungen in Folge von Kindeswohlgefährdung nicht zum Stichtag rückführbar. Jeder stationären Hilfe ist ein intensiver, über Jahre gewachsener Clearingprozess vorangegangen, der sowohl die generelle Notwendigkeit der Hilfe, als auch mögliche, innerfamiliäre Hilfealternativen hinterfragt.

Bei stationärer Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ziehen die Eltern häufig in kleinere Wohnungen. Eine kurzfristige Rückführung ist schon deshalb nicht möglich, weil im Haushalt der Eltern die räumlichen Möglichkeiten fehlen.

Allen stationären Hilfen gingen intensive Beratungsgespräche und i.d.R. auch ambulante Hilfen voraus. Die erste Wahl aller sozialpädagogischen Fachkräfte sind zunächst ambulante, familienunterstützende Maßnahmen. Wenn diese scheitern, bleiben, im Interesse der Kinder, nur stationären Maßnahmen, wobei jedoch immer wieder die Möglichkeit einer Rückführung, allein im Interesse der Kinder und Jugendlichen, überprüft wird.

Bestehende Praxis ist es, bei stationären Hilfen regelmäßig die Rückführung zu prüfen. Eine Perspektivklärung im Sinne einer Umsteuerung bedarf der Einbeziehung aller relevanten Personen, wie auch im §36 SGB VIII gefordert. Somit kann ein planvolles Umsteuern auch erst im Rahmen eines Hilfeplanprozesses erfolgen. Wir halten zudem die Zuwendungsbescheide und die Kostenzusicherung für rechtsverbindlich und sehen nur in Ausnahmefällen, etwa bei fehlender Mitwirkung, eine legale Beendigungsmöglichkeit bzw. Umsteuerungsmöglichkeit.

Beantragung neuer Hilfen zur Erziehung

Mit dem KJHG ist das Jugendhilferecht zwar sehr stark auf den Hilfsaspekt ausgerichtet worden, der Fürsorgeaspekt, auch Wächteramt, für minderjährige Kinder bleibt aber nach wie vor bestehen. Der überwiegende Teil der Hilfen entsteht in Folge einer drohenden oder bestehenden Kindeswohlgefährdung, d.h. in Situationen von Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch. Nicht immer ist dabei die Grenze überschritten, die einen Sorgerechtsentzug rechtfertigen. Die Hilfe beinhaltet bei dieser Personengruppe den Kontrollaspekt mit, um dafür Sorge zu tragen, dass sich das Risiko eines "Falles Kevin" in Halle verringert.

Um es klar auszudrücken, diese Gruppe wünscht sich keine Hilfe. Etwaige Wege zur Erziehungsberatungsstelle würden diese Familien nicht antreten. Mit dem Auftrag des Wächteramtes ist ein Gewährenlassen ohne zu handeln nicht vereinbar.

Die Begutachtung der beantragten Hilfe durch zusätzliche Teams, suggeriert allein durch die Wortwahl im Falle des Kompetenzteams, schon eine möglicherweise fehlende Kompetenz in der bisherigen Arbeit des sozialpädagogischen Teams, welche seine Arbeitsweisen und Verfahrensschritte im Laufe der Jahre immer wieder überarbeitet und verschärft hat (siehe Bewilligungsprozedur zu Hilfen nach §35a).

Die Entscheidungen und die Verantwortungen in den Teams sind unklar. Denn nach Punkt 4 der DA Nr. 93 bleibt der fallführende Sozialarbeiter zuständig. Wir können nur die Verantwortung für unsere Entscheidungen übernehmen. Sollte ein Fachteam davon abweichen, so trägt es folglich auch die Verantwortung für den weiteren

Entwicklungsverlauf. Ein Gericht dürfte dafür, im Falle einer Klage oder Kindeswohlverletzung, kein Verständnis aufbringen, zu Recht.

Eine Besetzung dieser Teams ohne erfahrene sozialpädagogische Fachkräfte halten wir ohnehin für fachlich undenkbar. Die angedachte Form des Clearings durch ein zentrales, überwiegend psychologisch besetztes Team halten wir mit dem Fachkonzept für nicht vereinbar.

Weiterhin besteht für den Fachbereich ein Klagerisiko, welches die vermuteten Einsparergebnisse aufwiegt.

Fachkonzept:

Die fallführenden Sozialarbeiter nutzen bereits jetzt zusätzliche Ressourcen des Sozialraums um passgenaue Unterstützungssysteme zu entwickeln. Dieser Prozess kann sicher intensiviert werden, wird im Ergebnis aber nicht in den nächsten beiden Jahren als Effekt sichtbar werden.

Es sind zusätzliche Controllingmaßnahmen eingerichtet. Die steigenden Fallzahlen sind seit Anfang des Jahres sichtbar. Wenn ein Umsteuern unumgänglich gewesen sein sollte, dann wäre es planvoll am Beginn des 2.Quartal einleitbar gewesen.

Darüber hinaus bleibt die Frage, ob bisher veranschlagte Budgetpläne nicht eher den Haushaltsvorgaben angeglichen worden sind. Reaktionen auf die demographischen Entwicklungen in der Stadt und die bisherigen Erfahrungen mit der Klientel bei der Mittelbereitstellung scheinen bisher aus zu bleiben. Damit ist unter anderem der Wegzug arbeitstätiger Familien in die Trabantenregionen von Halle, die Konzentrierung der nicht arbeitenden Bevölkerung in der Stadt sowie die steigende Perspektiv- und Motivationslosigkeit der Kinder und Jugendlichen auf Grund des ungünstigen Vorbilds ihrer Eltern gemeint.

Die Arbeit der sozialpädagogischen Teams kritisch zu hinterfragen und zu restriktiveren scheint dabei der falsche Weg zu sein. Eine unterstützende Haltung der Fachbereichsleitung gegenüber politischer Gremien sowie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für steigende Bedarfe wären nach unserer Ansicht erwartbar und notwendig.

Die Sozialarbeiter des Radeweller Wegs 14 haben Angst und Bedenken um mögliche Folgen, die mit der Umsetzung der Dienstanweisung Nr. 93 einhergehen können, da die Kinder aus dem Blick zu geraten drohen.

Mit freundlichen Grüßen

ASD Team Südstadt/südliche Innenstadt

zur Kenntnis

- Oberbürgermeisterin Frau Szabados
- Beigeordneter Herr Dr. habil. Marquard
- Ressortleiterin Frau Heder
- Teamleiter Herr Jahnke/ Frau Bodemann
- Personalrat Stadtverwaltung
- Gesamtpersonalrat

Zusammengestellt von

*Johannes Herwig-Lempp, Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle, johannes@herwig-lempp.de,
und Halweig Hanke, Braunlager Str. 6, 06120 Halle, hh_hh@gmx.de*